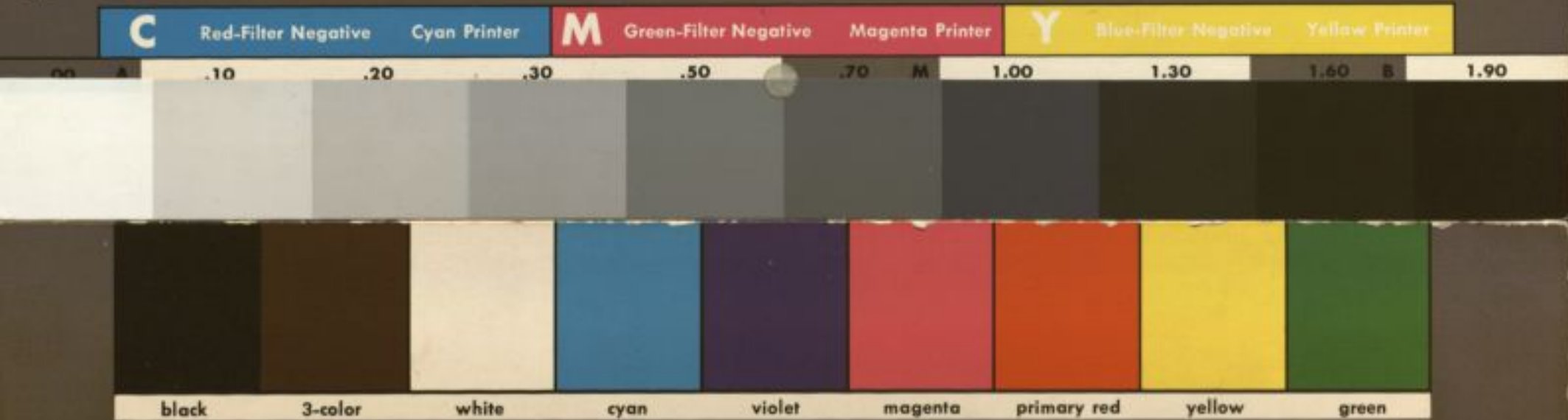




KODAK GRAY SCALE



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

Wünsche der Braunschweiger,
zur

Beherzigung bei den bevorstehenden

landschaftlichen Verhandlungen.

Erstes Heft.

Ueber Verbesserung der Volksvertretung.

Von

K. Steinacker.

Beim Verleger dieser Schrift ist so eben erschienen:

Ueber die Nothwendigkeit
durchgreifender Reformen
bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands.

Mit einleitenden Bemerkungen über die von Hrn. v. Strombeck
vor Kurzem abgehandelte Frage:

Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt
dem Staatszwecke entgegenhandelt?

Von R. H. Jürgens.

gr. 8. geh. 16 Ggr.

Ueber die
Verarmung der Städte und des Landmanns
und den Verfall d. städtischen Gewerbe im nördl. Deutschland,
besonders im

Königreiche Hannover.

Versuch einer Darstellung der allgemeinen Hauptursachen dieser
unglücklichen Erscheinungen und der Mittel zur Abhülfe derselben

S.

UB Braunschweig

84



2301-144-5

der Braunschweiger

am 6. und 7. September,

seine Veranlassung und seine nächsten Folgen.

Mit officiellen Aktenstücken begleitet.

gr. 8. geh. 6 Ggr.

Betrachtungen
über den Aufstand der Braunschweiger
und den gewünschten endlichen Regierungs-Antritt
Sr. Durchlaucht des Herzogs Wilhelm
von Braunschweig-Oels.

Aus dem Standpunkte des Naturrechts, des positiven Staatsrechts
und der Politik.

gr. 8. geh. 4 Ggr.

Sammlung der Proclamationen, Verordnungen u.,
welche aus Anlaß des Aufstandes der Braunschweiger erschienen sind.
gr. 4. 4 Ggr.

Was ist Rechtens,
wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des
Staatsverbandes entgegenhandelt?

Erörtert und beantwortet von

Friedrich Karl von Strombeck,
Geheimen Rathe, Oberappellationsrathe und Mitgliede des engern
Ausschusses der Braunschweigischen Stände.

Dritte, mit Zusätzen vermehrte Auflage.

gr. 8. geh. 8 Ggr.

Wünsche der Braunschweiger,

zur

Beherzigung bei den bevorstehenden

landschaftlichen Verhandlungen.

Erstes Heft.

Ueber Verbesserung der Volksvertretung,

von

K. Steinacker.

Braunschweig,

Verlag von Friedrich Vieweg.

1831.



V o r w o r t.

Ueber die Nothwendigkeit zweckmäßiger Reformen im gegenwärtigen Zeitpunkte ist vor Kurzem ein Werk *) erschienen, welches gewiß in der Brust jedes ernstlich Nachdenkenden verwandte Saiten berührt hat, und vielleicht beitragen wird, der nachfolgenden Reihe kurzer Erörterungen ebenfalls eine wohlwollende Aufnahme zu verschaffen. Wenn nämlich jenes Werk auf die Nothwendigkeit von Reformen im Allgemeinen hinweist, so kann es von nicht geringerem Interesse sein, den darin entwickelten Resultaten durch Anwendung auf unsere vaterländischen Angelegenheiten eine unmittelbare praktische Bedeutung zu geben. Man werfe nicht dagegen ein, daß auf diese Weise erst Wünsche geweckt würden, welche bis dahin dem Volke fremd gewesen seien, und ohne welche es recht behaglich gelebt habe; auch der Kranke fühlt oft nur den Schmerz, ohne das

*) »Ueber die Nothwendigkeit durchgreifender Reformen bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Mit einleitenden Bemerkungen über die von Herrn von Strombeck vor Kurzem abgehandelte Frage: Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt dem Staatszwecke entgegenhandelt? Von R. H. Jürgens. Braunschweig, Verlag von Friedr. Vieweg. 1831.«

Wesen seiner Krankheit und die Mittel dagegen zu kennen, und es würde die bitterste Ironie sein, den bisherigen Zustand des Volks einen behaglichen zu nennen. Die Klagen haben sich wahrlich laut genug erhoben, und wenn es auch nothwendig in der Natur von Staats-Krisen, wie wir sie erlebt haben, zu liegen scheint, daß ungereimte Präensionen mit vernünftigen Wünschen unter gleichem Verlangen nach Befriedigung bunt durch einander laut werden, so erinnert das nur wieder an das Bild von dem Arzte und dem Kranken. In solchen Zeiten ist es aber doppelte Pflicht jedes Vaterlandsfreundes, dem wahren Grunde des Uebels nachzuforschen, und, soweit es in seinen Kräften steht, durch Berichtigung und Läuterung der Begriffe dem einmal rege gewordenen Drange nach Verbesserung eine bestimmte und vernunftmäßige Richtung zu geben. Unklare Vorstellungen, halbverstandene Wünsche und Bedürfnisse wirken eben so nachtheilig, als gewaltsame Unterdrückung des als zeitgemäß und gut einmal Erkannten, und wenn uns gegen die zweite Möglichkeit ein durch ernste Erfahrungen aufgeklärtes Zeitalter gesichert hat, so darf man um so weniger Anstand nehmen, der ersten durch ruhige Belehrung zu begegnen.

Die folgenden Blätter, welche ich damit meinem Vaterlande im Bewußtsein der besten Absicht übergebe, sind der Untersuchung der Frage gewidmet, in welchen

Punkten unsre landständische Vertretung einer Verbesserung bedarf. Gern hätte ich mir die Frage so gestellt: in wie weit sie einer Verbesserung fähig ist; allein ich bescheide mich gern, daß die schöne Idee einer reinen Volksvertretung, ohne alle Rücksicht auf Standesverschiedenheit, vielleicht erst in einem folgenden Zeitalter ihre Verwirklichung zu erwarten hat, und daß die jetzige Generazion sich wohl wird damit begnügen müssen, die einmal vorhandene Form den dringenden Forderungen der Zeit so weit als möglich anzupassen. Mir ist bei mündlichen Erörterungen über diesen Gegenstand wohl der Einwurf gemacht, daß ja jetzt, nach Ausgleichung der Steuern, die Ritterschaft überhaupt keine Privilegien mehr habe, und daher dem Volke durchaus unpartheiische Vertreter darbiete; wozu also eine andere Vertretung? Ist ein solcher Einwurf von Seiten der Ritterschaft ehrlich gemeint, so giebt es augenscheinlich auch für sie keinen Grund mehr, noch immer an einer für sie nur mit Kosten verknüpften Landstandschafft zu hangen. Wollte sie aber dennoch ihre Prærogative in der Landtschaft nicht aufgeben, so würde darin das Geständniß liegen, daß es ihr keineswegs um wirkliche, uneigennützige Volksvertretung zu thun sei, sondern um die Bewahrung eines Einflusses auf die öffentlichen Angelegenheiten, welchem die jetzige Zeit offenbar entwachsen ist.

Möchten doch alle Diejenigen, von deren patriotischen Bestrebungen die künftige Stellung unserer vaterländischen Angelegenheiten abhängt, recht lebhaft bedenken, daß nur durch Vertrauen die öffentliche Meinung gewonnen und das Staatsgebäude gegen innere Stürme gesichert werden kann; daß ohne wahrhafte, oder doch nach Möglichkeit annähernde Repräsentation kein Vertrauen, und mithin auch keine kräftige Stellung der Landstände möglich ist; und daß endlich auch unsre vaterländischen Angelegenheiten nicht zu dem Punkte einer schreckenden Explosion geführt sein würden, wenn es den Ständen nicht an einer innigen Verbindung mit dem Volke, an Kraft und Nachdruck gefehlt hätte! —

Geschrieben im Januar 1831.

Der Verfasser.

Unsre landständische Verfassung beruht ursprünglich nicht auf dem Grundsatz der Repräsentazion. Der Landesfürst wurde im frühen Mittelalter nur durch das Lehensverhältniß, durch meierherrliche Rechte, oder durch die ihm als Reichsbeamten übertragenen Verwaltungsbefugnisse mit den Untergebenen verbunden, und bei allem Mangel einer Landeshoheit und eines gegen den großen Reichskörper abgeschlossenen Staatsverbandes gab es in den Zeiten des alle Aufklärung unterdrückenden Faustrechts nur ein gemeinsames Interesse: Sicherung gegen gewaltsamen Angriff von außen. Hiernach mußten sich also die Formen bestimmen, unter welchen sich das öffentliche Wesen in jenen Zeiten ausbildete und erhielt; nur in dieser zeitgemäßen Richtung der gemeinschaftlichen Bestrebungen sind die Keime unsrer spätern, sogar der jetzigen Verfassung zu suchen. Krieg und hierarchischer Eifer waren die einzigen Gewalten, welche den Gang der Ereignisse lenkten, allein sie waren in die Hände vieler kleinern geistlichen und weltlichen Dynasten vertheilt, und nur durch eine Verbindung unter ihnen war kräftiger Schutz gegen den Nachbar, oder auch Nachdruck im eigenen Angriffe zu erhalten. Was daher die Noth einer stürmisch wogenden Zeit zusammenbrachte, mußte sich auch streng unter ihrem Einflusse ausbilden, und mit immer schärfer gezeichneten Zügen die drei Stände ausscheiden, welche Jahrhunderte hindurch für das Volk austraten.

Es würde zu weit führen, hier die Gründe zu entwickeln, weshalb die Bauern, bei ihrem damaligen, oft an Willkühr und Leibeigenschaft gränzenden Abhängigkeitsverhältnisse, noch nicht als zum Staatsverbande gehörig betrachtet wurden, sondern nur unter dem Schirme des Gutsherrn standen, und auf ein Staatsschutzrecht keinen Anspruch zu machen hatten; weshalb die bei uns überall erst spät entstandenen Städte nur allmählig einen entscheidenden Einfluß gewinnen konnten, und, bis vor wenig Jahrhunderten, von den Landstädten überall kaum die Rede war. Die Liebe für vaterländische Geschichte hat in der neuern Zeit zu weite Wurzeln geschlagen, als daß hier nicht diese Anbeutung genügen sollte.

Wenn man die Art betrachtet, wie das landständische Verhältniß sich auf diese Weise allmählig entwickelte, so ist es augenscheinlich, daß eine allseitige und gleichmäßige Vertretung aller Unterthanen beim Fürsten damit weder bezweckt noch erreicht wurde. Jeder Stand vertheidigte nur seine Rechte, jeder sagte nur seine Hülfe zu, soweit er allein darüber verfügen konnte, und wenn jede städtische Korporazion nur eines Abgeordneten bedurfte, um ihre Zusage oder Abneigung auf dem Landtage auszusprechen, so kam es dagegen auf die eigene Erklärung jedes einzelnen Ritters an, um die Zustimmung des gesammten Adels zu erhalten. Der Bauer war noch keine Person, mit staatsbürgerlichen Rechten versehen, und mehr der Gnade seines Gutsherrn, als der Gerechtigkeit überlassen. Nicht Mitleid mit seiner Lage, sondern nur das eigene Interesse war es, welches die Ritter vermochte, den Hinterlassen bei den landschaftlichen Berathungen, bei Steuerverwilligungen so weit in Schutz zu nehmen, als nöthig war, um sich selbst den

Genuß der gutherrlichen Rechte nachhaltig zu sichern und den völligen Ruin des Bauers zu verhindern, und so konnte denn das Wohl und Wehe des armen Landmannes nur mittelbar, und unter alleiniger Rücksicht für den Vortheil des Gutsheeren vertreten werden.

Wohl mochte bei den tiefen Verzweigungen des Feudalsystems, welches die Hebelkraft des öffentlichen Lebens auf so viele einzelne Punkte vertheilte, eine solche Landstandschafft, ungeachtet ihrer großen Gebrechen, noch die einzig mögliche sein; denn es wäre unerreichbar gewesen, jene Kräfte zu einer nachdrücklichen Handlungsweise zu vereinigen, wenn man nicht die unmittelbaren Inhaber jener Kräfte selbst versammelt hätte.

So stand das Gebäude der ältern Verfassung, bis zum Ende des Mittelalters in rohen, scharf gezeichneten Zügen, nicht als das ewig forttreibende, systematisch gegliederte und harmonisch sich ausbildende Leben eines grünenden Baumes, sondern in korallenähnlicher Starrheit und Härte des Feudalsystems und der Hierarchie. Da gaben die Erfindung der Buchdruckerkunst, des Schießpulvers, die Entdeckung eines neuen Welttheils und neuer Goldschätze, dem geistigen Leben einen unerwarteten kräftigen Schwung; da brach mit der Reformation ein hellstrahlendes Licht über Deutschlands Gauen, und mit einer in der Weltgeschichte kaum gekannten Schnelligkeit theilten die Folgen der neuen Aufklärung sich sofort den kleinsten Verzweigungen des politischen Lebens mit. Die geistliche Gewalt zog sich immer mehr und mehr in die ihr ursprünglich angewiesenen Schranken zurück, die Kraft der Ritterschafft wurde durch die immer mehr entwickelten fürstlichen Heerhaufen geschwächt, oder in den Hintergrund gestellt, die Kultur, welche sich

unter dem Bürger- und Bauernstande verbreitete, hob alle Unterthanen allmählig zu dem Stande von Staatsbürgern empor, eine Territorialhoheit der Reichsfürsten bildete sich gleichmäßig über alle Unterthanen aus, und wo man sonst nur die Konföderazion einer Menge einzelner Dynasten, unter der schwankenden Obergewalt eines Reichsbeamten oder Lehensherrn erblickte, da wuchs jetzt ein Staatssystem mit allen Bergliederungen, und unter dem Einflusse der neuen Bedürfnisse, nach und nach heran. Schon war bei weitem nicht mehr der Krieg, oder die Verhinderung desselben, das einzige Interesse, welches die Völker zusammenhielt; schon hatte man eingesehen, daß Aufklärung, Wohlhabenheit, Sittlichkeit eben so nothwendige Zwecke des Staatsverbandes seien, und daß alle Institute wesentlich darauf gerichtet sein mußten.

Es konnte nicht fehlen, daß bei diesen großen Umgestaltungen im ganzen öffentlichen Leben auch die Idee einer landständischen Repräsentazion allmählig aufkeimte. Gleichzeitig mit ihnen mußte sich die Nothwendigkeit zeigen, daß es mit der gleichmäßigen Vertheilung der staatsbürgerlichen Rechte, mit den gleichen Ansprüchen auf den öffentlichen Schutz und die Vortheile des Staatsverbandes unvereinbar sei, wenn nur einzelne Personen bei den Berathungen der Fürsten zugezogen werden sollten. Die Stände hatten ohnehin den größten Theil ihrer frühern Bedeutung verloren, und andre Klassen von Unterthanen an Wichtigkeit gewonnen; sie fingen daher an, sich als Repräsentanten der gesammten Volksmasse zu betrachten. Die Zeit war noch nicht reif genug, um zu den Zweifeln zu führen, ob es denn auch zweckmäßig sei, die veraltete Form den veränderten Verhältnissen anzupassen; ob einzelnen Ständen,

welche bis dahin nur eigene Rechte vertheidigt und argwöhnisch bewahrt hatten, guter Wille und Kraft zugetraut werden könne, das Interesse aller unbeschützten Individuen zu vertreten; ob bei der immer bestimmtern Richtung der Unterhandlungsmaxime nach dem Uebergewichte der Stimmenmehrheit auch mit gleicher Sicherheit und Unbefangenheit für das Wohl aller Unterthanen in einer Landschafts-Kurie gesorgt werde, in welcher die Ritterschaft bei weitem die größte Anzahl ausmachte. Die Geschichte lieferte nur abermals den Beweis, daß, wie unwillkürlich auch die Menschen sich dem höhern Einflusse hingeben, welcher das Wesen der Sache verändert und verbessert, sie doch immer mit ängstlicher Eifersucht besorgt sind, die alte Form so lange als möglich beizubehalten. Freilich waren auch für die privilegierten Klassen der Unterthanen die Vortheile nicht zu verkennen, welche daraus entsprangen, daß sie allein die Repräsentation in ihren Händen behielten und ihrem Interesse gemäß gebrauchen konnten; die Staatsorganisation hatte eine ganz neue Grundlage erhalten: wer wäre da nicht gern an der alten Stelle geblieben, um wenigstens das morsche Dach noch zu tragen, und den Glauben zu verbreiten, es sei noch immer das alte Gebäude? Bei der völlig veränderten Richtung, welche die neu entwickelten Kräfte eines wirklichen Volkslebens auf die Verwaltung des Staatskörpers nahmen, mußten nothwendig neue Organe für diese Kräfte gesucht werden, und gerade in ihrer Entwicklungsperiode mochte man harmlos die bisherige Form für genügend halten, auch das neu entstandene Bedürfnis zu befriedigen. Noch lagen auch die Zeiten des Faustrechts zu nahe, als daß die altgewohnte Opposition zwischen Fürst und Adel hätte vergessen und

das Interesse für die nothwendige Erhaltung der Hinterlassen des Lehtern in den Hintergrund gestellt werden können; noch war die Ansicht zu allgemein, daß der Landesfürst dasjenige, was ihm die Stände bewilligten, nur als eine freiwillige Beisteuer, als eine Hülfe (Bethe) zu betrachten habe, und daß also die Eifersucht oder Vorsicht einiger Dynasten, der Eigensinn einzelner Städte einer regelmäßigen Besteuerung jedesmal in den Weg treten könnten.

Was indeß aus jener Katastrophe noch trübe und unklar geblieben war, das läuterte von einer unerwarteten Seite her ein neuer, freilich streng historisch hervortretender Umstand — die stehenden Heere, und ihre vollendete Ausbildung im dreißigjährigen Kriege. Wenn sie auf der einen Seite bewiesen, daß das ehemalige kriegerische Uebergewicht des Adels und der Städte verschwunden war, so zeigten sie auf der andern den Landesherrn in der ausgebildeten Territorialität mit einer bewaffneten Macht an der Spitze seiner Unterthanen, welche er ohne Ausnahme schützen und erhalten wollte. Wie auf der einen Seite der Reichsverband allmählig lockerer wurde, so mußte auf der andern in den Reichstheilen ein analoger Landesverband sich immer vollständiger ausbilden, und da die alten Hebel der Verwaltung, des gemeinschaftlichen Wirkens, abgenutzt waren, mußten neue Grundkräfte der vollständig erneuerten Maschine untergelegt werden. Diese waren nur in der höchstmöglichen Gleichstellung aller Unterthanen zu suchen, und wie nach dem Sinken des großen hanseatischen Bundes die Städte schon von selbst dem Fürsten näher zugeführt wurden, so sind auch jene Zeiten insbesondere durch das Streben der Lehtern bezeichnet, dem Bauerstande zu Hülfe zu kommen, und ihm durch die

sorgfältigste Aufmerksamkeit in der öffentlichen Verwaltung eine selbstständigere Stellung zu geben. Man braucht nur einen Blick auf die lange Regierungsperiode des Herzogs Karl (1735 — 1780) zu werfen, um sich zu überzeugen, daß dieser Fürst, dem bei manchen Schwächen eine seltene und gleichgetheilte Aufmerksamkeit für alle Zweige der Industrie und für alle Theile seines Landes nicht abgesprochen werden kann, sich des Bauernstandes mit einer Sorgfalt annahm, bei welcher es nur zu bedauern ist, daß nicht ein schon weiter aufgeklärtes Zeitalter ihr eine größere Schwungkraft und Wirksamkeit geben konnte. Gelang es indeß dem menschenfreundlichen Fürsten noch nicht, schon damals dem Bauernstande eine angemessene bürgerliche Stellung zu geben, waren auch während der Regierung seines Sohnes, des unvergeßlichen Karl Wilhelm Ferdinand, die politischen Elemente zu sehr durch die im westlichen Europa ausleuchtenden neuen Freiheitsideen in Bewegung gesetzt, als daß in dem durch Feudalismus niedergedrückten Deutschland schon damals ein kräftiges Volksbewußtsein hätte erwachen können, so wurden doch die bessern Funken in dem Feuermeere der ersten französischen Revolutionswuth nicht verkannt, und gingen als erwärmende ruhige Flamme in dem nachdenkenden Deutschland auf. Das wilde Geschrei von Freiheit und Gleichheit läuterte sich hier zu einem allmählig reisenden Gefühle, in welchem die Nothwendigkeit erkannt wurde, durch Ausfüllung der großen Lücken zwischen den verschiedenen Ständen, die Idee eines gleichmäßigen Staatsbürgerrechts ihrer Vervollkommenung näher zu führen, und gewiß war es zum großen Theile dieses Verlangen, welches in Bonaparte den großen Weltreformatoren erblicken ließ und ihm die Unterjochung Deutschlands

so leicht machte. Zwar schwanden die Traumbilder bald, welche man jenseits des Rheins glaubte erblickt zu haben, und von denen man das Heil Deutschlands erwartete; allein die Ideen waren einmal geweckt, die Keime glücklich aufgegangen, und nach Vertreibung der Fremdherrschaft waren es nicht mehr die Elemente des alten Reichskörpers, aus denen die neuen Staaten Deutschlands wieder zusammenge setzt wurden.

Man würde Unrecht thun, wenn man den Männern, welche in dieser neuen Krisis an der Spitze der vaterländischen Angelegenheiten standen, vorwerfen wollte, daß sie diesen Standpunkt der Dinge und die daraus hervorgehenden Forderungen der Zeit verkannt hätten. Die Verhandlungen, durch welche ein gleichmäßiger Gerichtsstand, so wie eine gleiche Besteuerung aller Unterthanen bei uns eingeführt wurde, sind schöne Denkmale der Weisheit und Staatsklugheit jener patriotischen Männer. Ja, man fühlte sogar schon, daß es nicht genug sei, die Rechte eines bis dahin unterdrückten Standes zu erweitern, wenn man ihn nicht zugleich in den Stand setze, sie zu sichern, und zwar entweder durch neue, oder durch verstärkte Garantien. Die Nothwendigkeit, welche solche Maßregeln gebot, wurde allgemein anerkannt, und wenn man auch sich noch nicht weit genug von den alten liebgewordenen Standesvorzügen trennen konnte, um eine durchgreifende Reform vorzunehmen, so schlug man doch wenigstens den richtigen Weg ein, und machte den ersten Schritt zu einer Verbesserung, welche der Lauf der Dinge unaufhaltsam ihrer Vollendung zuführen wird. So entstand die Repräsentazion der Freisassenhöfe durch einen Deputirten aus dem Bezirke eines jeden Kreisgerichts.

Bei der großen Menge neuer politischer Ideen, welche in den letzten vierzig Jahren über Europa zusammengeströmt sind, bei dem drängenden Zuge großer Ereignisse und dem dadurch beförderten Gedankentausche, kann es nicht auffallen, daß schon nach dem Ablaufe eines Dezennii die Bedürfnisse lebhaft gefühlt werden, welche jene erst begonnene Reform noch unbefriedigt ließ. Von allen Seiten werden Schritte zur Verbesserung gethan, und das Braunschweigische Land, welches in der Aufklärung nie zurückstand, wird auch von dem letzten Gewittersturme gewiß die Reinigung seiner staatsrechtlichen Prinzipien zu erwarten haben, welche als eine so dringende Forderung der Zeit erscheint.

Das Mißverhältniß unsrer ständischen Repräsentazion zeigt sich zunächst in der Zahl der landschaftlichen Mitglieder. Es gehören dazu 78 Rittergutsbesitzer, 19 Deputirte der Städte, 13 Prälaten und 19 Deputirte der Freisassen, so daß also die Städte, Prälaten und Freisassen im Pleno der Landschaft zusammen genommen kaum zwei Dritttheile von der Anzahl der Ritterschaft bilden. Es darf hiebei als bekannt vorausgesetzt werden, daß von den Städten Braunschweig sechs, Wolfenbüttel und Helmstedt jede zwei, die übrigen Städte aber jede einen Deputirten schicken. Eine solche absolute Mehrzahl des Adels setzt an sich schon das faktische Vorhandensein einer Aristokratie voraus, indem es jedem Adelligen freisteht, sich selbst zu repräsentiren, wogegen auf der andern Seite immer nur eine Menge von Unterthanen durch einen gemeinschaftlichen Deputirten vertreten wird. Daß ein Uebergewicht des Adels dem Volke nachtheilig sei, daran wird wohl Niemand zweifeln; daß es aber auch dem Throne keine zuverlässige Stütze gewähre,

vielmehr ihm gerade der gefährlichste Nachbar sei, daß haben die erste französische Revolution, die Geschichte Josephs II., die vielen Revolutionen in Rußland, und unsre eigne vaterländische Geschichte gezeigt. Kein Stand ist schwieriger bei Verzichtleistung auf ererbte Privilegien, als der Adel; und wenn wir bei der neuen Staats-Organisation andre Erfahrungen gemacht haben, so ist zu erwägen, daß es bei den letzten landschaftlichen Verhandlungen dem Adel nicht darauf ankam, auf bis dahin ausgeübte Rechte zu verzichten, sondern von den schon halb oder ganz verlorenen soviel zu retten, als sich noch retten ließ.

Der bedeutendere Güterbesitz gleicht jenes Mißverhältniß nicht aus, denn theils erreichen manche Rittergüter noch nicht einmal die Größe einer Dorffeldmark, theils aber ist auch der Grundbesitz bei weitem nicht das einzige Interesse, welches in einem aufgeklärten Staate vertreten werden soll. Wenn eine Stadt von einigen Tausend Einwohnern, unter denen viele angesehene Männer, Gelehrte, reiche Kaufleute und Fabrikherren sein können, nur durch einen einzigen Deputirten auf dem Landtage sprechen kann, so ist es eine unbillige Prærogative, daß ein Landadelmann für einige hundert Morgen Länderei und die damit verbundenen Realgerechtigkeiten eine gleiche Stimme in Anspruch nimmt.

Noch greller ist das Mißverhältniß zwischen den Bauern und den übrigen Ständen. Früherhin waren sie gar nicht vertreten, und man begnügte sich mit der Meinung, daß sie, als Hintersassen der Ritterschaft, mit derselben ein Interesse hätten, für welches durch die Landstandschafft des Adels hinlänglich gesorgt sei. Die Ritterschaft, sagte man, müsse um ihres eigenen Vortheils willen dahin wirken,

daß ihre Bauern nicht zu sehr gedrückt würden, um der Gefahr zu begegnen, daß diese die meierrechtlichen Pflichten nicht erfüllen könnten. Einem solchen Scheingrunde könnte man ohne nähere Untersuchung theils durch die Geschichte, nach welcher ja die Bauern ungeachtet ihrer gerühmten Vertretung immer mehr heruntergekommen sind, theils durch die Analogie begegnen, daß unter dieser Voraussetzung die ganze landschaftliche Verfassung entbehrlich sei, da ja auch der Fürst ein natürliches Interesse haben müsse, seine Unterthanen nicht durch übermäßige Lasten zu Grunde zu richten: eine Folgerung, welche indeß die Ritterschaft sich schwerlich möchte gefallen lassen.

Es ist aber dabei auch ganz unberücksichtigt gelassen, daß eine große Menge unsrer Bauern gar nicht der Braunschweigischen Ritterschaft durch Meierverband angehört, sondern zum Theil der Regierung, zum Theil auswärtigen Gutsherren; daß es ferner, außer der Steuerverwilligung, eine Menge wichtiger Gegenstände für landschaftliche Verhandlungen giebt, welche wesentlich in das Interesse der Bauern eingreifen (z. B. Schulwesen, Landpolizei, Mühlen, Militäraushebungen, Gemeindeverwaltung, Gerichtswesen u.) und bei welchen das Interesse der Gutsherren nur sehr entfernt, oft ganz entgegengesetzt berührt wird. Dieser letzte Umstand ist der erheblichste. Nicht so sehr die Steuern sind es, welche den Bauer in jehiger Zeit zu Boden drücken, als vielmehr die enormen gutherrlichen Lasten. Wie sehr dieß der Fall ist, weiter zu zeigen, möchte den Raum dieser Erörterung überschreiten, und für jetzt die Verweisung auf einen spätern Aufsatz genügen. Wer soll aber bei landschaftlichen Verhandlungen, welche ja Abstellung der Landesbeschwerden jeder Art zum Zwecke haben, der Sprecher

der Bauern sein, wenn das Interesse der Ritterschaft entgegensteht? Wer soll sich der Verlassenen annehmen, wenn es sich um Erleichterung der Meierlasten, um Ablösungsge-
setze und dergleichen handelt? Die städtischen Deputirten, die Prälaten sind zu wenig mit den bauerlichen Verhält-
nissen bekannt, zu sehr mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt, um die Vertretung der Bauern übernehmen zu
können; die Ritterschaft hat bei Fragen der Art ein entge-
gengesetztes Streben; der Landesherr ist oft als Gutsherr
interessirt. — Was kann da für den Landmann gewirkt
werden, wo er auf keine Parthei für sich, wohl aber mit
Gewißheit auf eine gegen sich zu rechnen hat?

Man wird hiergegen einwenden, daß die Rechte der
Landstände, die Rechte der Gutsherrn insbesondre, wie
auf der andern Seite die Pflichten des Bauernstandes, auf
Herkommen und Verträgen beruhen; daß nur durch frei-
willigen Nachlaß Modifikationen jener Rechte und Pflich-
ten herbeigeführt werden können; daß ein solcher Nachlaß
immer als Wohlthat und Gnade nur zu erbitten, nicht
aber durch landständische Vertretung zu ertrogen sei. In
einem solchen Einwurfe würde indeß zunächst das unum-
wundene Geständniß liegen, daß wir bis jetzt keine eigent-
liche Repräsentazion haben, und daß es einen (gerade den
zahlreichsten) Stand gebe, welcher nicht besonders vertreten
werden dürfe. Allein auch um die Sache selbst zu wider-
legen, wird die Verweisung auf einen spätern Aufsatz genü-
gen, in welchem gezeigt ist, daß, nachdem lange die Un-
veränderlichkeit der Meierlasten festgesetzt war, die Besteue-
rung des Bauernstandes in seiner jetzigen Größe durch die
Ritterschaft bewilligt ist; daß die Verpflichtung zum Mili-
tärdienste, welche sonst allein dem Adel oblag, jetzt auf alle

Unterthanen gelegt ist, und daß daher die Ritterschaft dem Bauernstande Ersatz für die großen Aufopferungen schuldig ist, welche er, theils zu ihren Gunsten, theils auf ihre Veranlassung, seit Jahrhunderten hat über sich nehmen müssen; daß endlich die in den letzten Jahrhunderten ausgebildete Idee des allgemeinen Unterthanenverhältnisses nothwendig gleiche Antheile an der Landesvertretung in sich begreift. Es liegt nicht im Zwecke dieser Erörterung, die Nothwendigkeit solcher Abhülfen zu zeigen, welche der Bauernstand noch zu erwarten hat; aber daß der auf diese Weise bezeichnete Gang der Ereignisse höchstwichtige Interessen des Bauernstandes angeregt hat, und daß letzterer nothwendig gefährdet werden muß, wenn diese Interessen nicht durch eine angemessene Vertretung gewahrt werden, das wird aus den obigen Andeutungen klar geworden sein.

Ueberhaupt kann man sich, wenn man aufrichtig sein will, doch nur gestehen, daß das Recht des Herkommens in Verhältnissen des öffentlichen Lebens von jeher, wenn auch nicht problematisch, doch wenigstens keineswegs von der praktischen Wichtigkeit gewesen ist, welche ihm der Kastengeist beizulegen freilich immer sich bestrebt hat. Ein ewiges Recht kann, wenn es eins giebt, nur in der Vernunft gedacht werden, und ein positives also nicht ewig sein; dieses ist vielmehr das Resultat der Geschichte, und muß sich nothwendig den Veränderungen fügen, welche sie am Menschengeschlechte hervorbringt. Mit dem Kleide des Großvaters legen wir seine Gebräuche ab, wenn wir beides für unvollkommen erkannt haben; und da ein Gesetz nichts weiter ist, als eine feststehende Regel für die Handlungsweise, so ist ein veraltetes Gesetz bei erneuerten Formen und Bedürfnissen eine unbrauchbare Antiquität. Das

Bedürfniß von Reformen läßt sich vielleicht eine Zeit lang unterdrücken, nie ganz aufheben; und wenn es sich endlich bei Staats-Krisen laut ausspricht, dann ist es Zeit, die bestaubten Pergamente und Erbregister bei Seite zu legen, und sorgsam zu lauschen, was die Zeit, die große Lehrerin, verkündet. Auch unsre positiven Staatseinrichtungen kennen den Grundsatz, daß das Recht des Einzelnen weichen müsse, sobald die Forderung des öffentlichen Besten unabweislich ist, *ne quid detrimenti respublica capiat*. Man nennt die *Maxime* »Polizei«, und hat nichts Arges dabei, wenn sie bei den geringfügigsten Gegenständen angewandt wird; warum soll man ihr da die Autorität verweigern, wo es sich um die wichtigsten Interessen des öffentlichen Lebens handelt?

Der oben aufgeworfene Einwand beschränkt sich indeß nicht auf die Behauptung, daß der Bauernstand keiner besonderen Vertretung bedürfe, sondern er wird auch dahin ausgedehnt, daß die meierpflichtigen Bauern, als solche, unfähig seien, besonders repräsentirt zu werden, weil sie kein Eigenthum, sondern nur Erbpacht an ihren Höfen hätten. Der Grund dieser Behauptung ist indeß eben so unhaltbar, als die Anwendung desselben. Kein wirklicher Jurist wird noch ernstlich der Meinung sein, daß die Grundsätze von der Erbpacht auf unser heutiges bäuerliches Verhältniß anwendbar seien, und eine bloß entfernte Aehnlichkeit beider Institute läßt eben so wenig eine wechselseitige Anwendung der verschiedenen Rechtsregeln zu, als solche durch die mißverstandene und auch nur beiläufig ausgesprochene Ansicht älterer Landesverordnungen, welche, dem Hauptzwecke nach, nur den Gegensatz des freien Eigenthums hervorheben wollten, einem durch die Zeit allein ausgebildeten Institute

gewaltsam angezwängt werden kann. Es ist schon oben gezeigt, welchen wesentlichen Einfluß die Ausbildung der Landeshoheit auf die Stellung des Bauernstandes gehabt hat, und wie die Bauern allmählig, aus dem bloß privatrechtlichen Verhältnisse zu dem Gutsherrn, in ein staatsrechtliches, in das Verhältniß des Unterthanen zum Landesherrn getreten sind; wie damit auch eine unwiderrufliche Feststellung ihres früherhin nur präären Besitzes auf der einen, so wie der zu tragenden Grundlasten auf der andern Seite verbunden war. Selbst der eifrigste Widersacher der Bauernvertretung wird nicht läugnen können, daß jetzt die Bauern alleinige und unwiderrufliche Ruhepflanz ihrer Höfe sind, daß sie nur einen jährlichen Zins abzuführen haben, und daß jetzt sogar (durch die Verordnung vom 26. März 1823, freilich noch auf höchst ungenügende Weise) ihr Recht ausgesprochen ist, jene Lasten abzukaufen. Der Unterschied zwischen Bauergütern und freien, mit Hypotheken belasteten Grundstücken wird so gar groß nicht sein, und man mag ihr Verhältniß nun Erbpacht, Untereigenthum, beschränktes Eigenthum nennen, oder ihm einen beliebigen andern Namen geben, so redet die Sache selbst doch laut genug für sich, daß ein unwiderrufliches erbliches Recht auf den Grundbesitz Anspruch auf eine unabhängige Vertretung im Staatsverbande hat, und daß man nur unwillkürlich in die alten Ideen von Unfreiheit der Person zurückfällt, wenn man den Bauernstand, seiner rechtlichen Eigenthümlichkeiten wegen, für ein Verhältniß der fortwährenden Unmündigkeit erklärt.

Die Vortheile einer Vertretung des Bauernstandes auseinanderzusetzen, wird gewiß unnöthig sein, da der Bauer wenigstens dasselbe Interesse hat, wie alle übrigen

Stände, und da eben jene Vortheile Jahrhunderte lang der Grund gewesen sind, weshalb man den Bauern eine eigene Vertretung verweigert hat.

Man hat bei Abfassung der erneuerten Landschaftsordnung allerdings die Nothwendigkeit gefühlt, sich auch in dieser Hinsicht eines bis dahin vergessenen Standes zu erinnern; allein weiter, als bis zu einem solchen halbklaren Gefühle kam es auch noch nicht. Fern sei es, das Verdienst der Männer auch im Geringsten verkennen zu wollen, welche die Theilnahme der Freisassen an den ständischen Verhandlungen, gewiß nicht ohne Widerspruch und zum Theil auch nicht ohne eigene Aufopferung, erwirkten; es war dieß der erste Schritt im Geiste einer neuen großen Idee, aber — es war auch nur ein Schritt, und wir sind noch weit vom Ziele. Denn so unbestimmt der Begriff von Freisassen bisher geblieben ist, so ist doch wenigstens so viel ausgemacht, daß damit nicht der ganze Bauernstand gemeint wird, und daß man also an eine vollständige Repräsentation noch nicht gedacht hat. Allein wenn auch die damalige Idee den Zweck gehabt hätte, den Bauern dadurch wenigstens eine — sei es auch noch so geringe — Vertretung zu verschaffen, so wäre man doch auch dann nur wieder von dem alten Vorurtheile befangen und irre geleitet gewesen, weil es in diesem Falle keinen Grund gab, nur die Freisassen, welche ohnehin nicht einmal ganz dasselbe Interesse haben, zu Vertretern der Bauern zu machen, und weil — was die Hauptsache ist, — die Anzahl derselben zu diesem Zwecke durchaus ungenügend ist. Denn daß die Vertretung des ganzen Bauernstandes durch etwa 19 Freisassen gegen 78 Ritter, welche außerdem größtentheils in herrschaftlichen Diensten stehen, und dadurch gerade bei die-

fer Klasse der Unterthanen das ganz natürliche Uebergewicht der Autorität haben, so gut als ganz wirkungslos ist, wird Niemand bezweifeln, der bedenkt, wie unendlich schwieriger die Lage desjenigen ist, welcher aus einem gedrückten Verhältnisse sich emporarbeiten und dabei gegen verjährte Vorurtheile kämpfen muß, als desjenigen, welcher hinter dem Schutze dieser Vorurtheile und mit dem Ansehen des Ranges, auch wohl des Reichthums bekleidet, vielleicht gar mit der Gnade des Fürsten beglückt, jeder Regung der untersten Klasse als einem Staatsverbrechen bezeugen kann.

Aber noch ein Punkt, welcher nicht nur das Interesse des Bauernstandes, sondern auch das der Städte berührt, und welcher dem Anscheine nach bisher noch wenig berücksichtigt ist, muß jetzt beleuchtet werden. Bekanntlich ist in Folge der letzten Landtagsverhandlungen die Besteuerung des gesammten Grundeigenthums (Verordn. vom 29. Oct. 1821 und vom 5. März 1827) eingeführt, und zur Ausgleichung der Weg eingeschlagen, daß diejenigen, welche früher von ihren Grundstücken keine Steuer entrichtet haben, dafür durch sogenannte Reluizions- (oder Schuld-) Scheine entschädigt werden sollen, wobei die jetzt mehr zu zahlenden Steuern als Renten zu vier Prozent zum Grunde gelegt, und in eben diesem Maße jährlich verzinsset werden. Auf den ersten Blick sollte man in dieser Maßregel nur ein Mittel finden, die Besitzer ritterschaftlicher Güter, welche bisher steuerfrei waren, gegen jede Erhöhung der Steuern bei landschaftlichen Bewilligungen sicher zu gewinnen, weil dadurch ihr Reluizionskapital schlechter werden würde; allein eine zweite, bei weitem wichtigere Folge ist die, daß eines Theils jetzt immer nothwendig Steuern bezahlt werden müssen, weil wenigstens die Zinsen von den Reluizionska-

pitälern abzutragen sind, und daß andern Theils es jetzt selbst im Interesse der früher Besteuereten liegt, eine ununterbrochene Erhebung der Steuern zu wünschen, weil sonst die Rittergutsbesitzer ihre Reluizionen geradezu lukriren würden. Eine solche veränderte Stellung der Verhältnisse hat dem ganzen Steuerwesen eine andre Richtung gegeben und die Permanenz der Steuern gewissermaßen verbürgt; die Landschaft hat sich dadurch unter sich selbst verpflichtet, fortwährend Steuern zu bezahlen, die Ritterschaft aber ein Interesse gegen die übrigen Mitglieder und gegen alle besteuerten Unterthanen erhalten, dieselben zu vermindern oder aufzuheben. Ob es wahrscheinlich ist, daß sie sich von diesem Interesse werde leiten lassen, davon kann hier die Rede nicht sein; es genügt, wenn das verschiedene Interesse nachgewiesen wird, um die Nothwendigkeit zu zeigen, daß dasselbe hinreichend durch Vertretung gesichert werden muß.

Noch ein Einwurf ist hier zu beantworten, der freilich der unhaltbarste von allen, aber, merkwürdig genug, gerade der gewöhnlichste ist. Man beruft sich nämlich darauf, daß die Ritterschaft dem Bürger- und Freisassenstande gegenüber eine eigene Kammer bilde, und also keinen Vorschlag durchsetzen könne, wenn nicht die andre, ihr an Rechten völlig gleiche Kammer, damit einverstanden sei. Man vergißt hierbei, daß auf solche Weise noch für weiter nichts gesorgt ist, als dafür, daß die Aristokratie kein rechtliches Uebergewicht erhalte, und daß die Sache, bei Licht betrachtet, ganz anders erscheint. Für die mit der Kenntniß der Landesverfassung weniger Vertrauten werden folgende kurze Bemerkungen dienen. Nach der ältern Einrichtung bestand die Landschaft aus drei Kurien, deren eine die Prälaten, die zweite die Ritterschaft, und die dritte die

Städte besetzten. Jeder dieser drei Stände hatte also ein Drittheil des Gesamtwillens zu vertreten. Die erneuerte Landschaftsordnung traf hierin eine wesentliche Aenderung, indem sie die sämmtlichen Stände in zwei Sekzionen theilte, von welchen die eine aus der gesammten Ritterschaft nebst sechs Prälaten, die zweite aber aus den Städte-deputirten, den übrigen sieben Prälaten und den Deputirten der Freisassen besteht. In der ersten Sekzion hat also die Ritterschaft die absolute Majorität (78 zu 6), und dadurch die Hälfte des Gesamtwillens für sich, obgleich sie doch früher nur ein Drittheil desselben in Anspruch nehmen konnte. In der zweiten Sekzion ist den Städten durch die Freisassen bereits das Gleichgewicht gehalten, und durch eine Verbindung der Letztern mit den Prälaten ihre Minorität entschieden. Die Sache ist also jetzt so gestellt: die Ritterschaft hat gewonnen, die Städte und die (jetzt in beide Sekzionen vertheilten) Prälaten haben verloren; und wenn, was doch oft der Fall ist, beide Sekzionen in pleno abstimmen*), so gilt die Aristokratie allein.

Allein die politische Aufklärung hat andre Forderungen gestellt; ein Zeitalter, welches die Nothwendigkeit wirklicher Repräsentazion so deutlich ausgesprochen hat, kann

*) Die Landschaftsordnung von 1820 schreibt freilich Plenar-Versammlungen der ständischen Mitglieder nicht vor, allein daß sie auch jetzt noch vorkommen, und namentlich bei den wichtigsten Gegenständen, haben die landschaftlichen Verhandlungen vom Mai und September 1830 gezeigt. Damals wurde immer in pleno deliberirt; und folgt nicht eben daraus, daß in Fällen, wo einmal wirklich das allgemeine Interesse zur Sprache kommt, eine Kammer ohne den vollen Beistand der andern nicht den gehörigen Nachdruck hat, daß das System der zwei Kammern also mehr Privat-Vorrechte, als das Wohl des Landes beschützt?

sich nicht mehr mit bloßen Kasten=Ausschüssen begnügen, und will man — wie es ja überall versprochen wird — wahre Vertretung haben und gestatten, so muß sie auch sachgemäß sein. Zweckgemäß und sachgemäß kann man aber eine Repräsentazion nicht nennen, bei welcher, durchaus ohne Rücksicht auf das Verhältniß des Güterbesitzes oder des intellektuellen Staatskapitals, ein geschlossener Stand, dessen politische Bedeutung jetzt zu den Antiquitäten gehört, mit einer überwiegenden Mehrzahl allein den Ausschlag geben kann.

Wer wollte es verkennen, daß in den letzten verhängnißvollen Bewegungen die Ruhe des Vaterlandes hauptsächlich, vielleicht allein, durch die entschlossene und ruhige Stellung der Bürger erhalten worden ist? Wer hat nicht eingesehen, wie dringend nothwendig es ist, daß alle Unterthanen ohne Ausnahme in der einzigen großen Klasse der Staatsbürger sich zu dem hohen Zwecke, Erhaltung der Ruhe und der gesetzmäßigen Freiheit, vereinigen? Wo man aber gleiche Leistungen, gleiche Aufopferungen verlangt, da werden auch gleiche Rechte vorausgesetzt.

Aus der bisherigen Erörterung der Mängel unsrer ständischen Repräsentazion ergeben sich die Mittel, ihnen abzuhelpen, von selbst. Der Bauernstand muß neu, und die Städte müssen stärker vertreten werden; letzteres entweder dadurch, daß auch die Ritterschaft nicht in pleno, sondern nur durch Deputirte auf dem Landtage erscheint (wie dies in mehreren Ländern, z. B. im Hessischen, der Fall ist) oder dadurch, daß die Zahl der städtischen Deputirten an sich vermehrt wird. Ergäbe sich dann, nach einer solchen Zusammensetzung der Stände, die Nothwendigkeit von zwei Kammern (was bei einer solchen Anzahl schwerlich zu

erwarten ist) so könnten diese doch nur dergestalt gebildet werden, daß dadurch das Prinzip der gleichmäßigen Vertretung aller Rechte nicht gefährdet wird, daß mithin nicht ein Stand durch absolutes Uebergewicht einen größern Antheil am Gesamtwillen sich zueignet, als ihm, nach Verhältniß seines wirklichen Grundbesitzes oder seines intellektuellen Beitrags zum Staatskapitale, gebührt.

Indeß ist jetzt wohl darüber kein Zweifel mehr, daß in kleinern Staaten zwei Kammern nicht nur unnöthig sind, sondern gerade durch Vertheilung des Nachdrucks, so wie durch die Möglichkeit einer Eifersucht nachtheilig werden müssen. Auch ist es offenbar zweckmäßiger, ebenfalls die Ritterschaft durch Deputirte vertreten zu lassen, statt jedem Mitgliede eine Viril-Stimme zu gestatten. Selbst die größte Anmaßung wird nicht behaupten wollen, daß alle Besitzer ritterschaftlicher Güter ohne Ausnahme auch tüchtige Sprecher auf dem Landtage seien, und wenn daher die Vertretung, durch Ausgleichung der bisherigen Mängel, zu einem richtigen Verhältnisse geführt wird, so liegt es offenbar im eigenen Interesse der Ritterschaft, daß auch aus ihrer Mitte nur die Tüchtigsten erscheinen.

Mit wenig Worten wird der zweite Hauptmangel der bisherigen ständischen Vertretung berührt werden können, nicht etwa, weil er minder wichtig wäre, sondern weil sich wohl annehmen läßt, daß die politische Aufklärung des jetzigen Zeitalters darüber keinen Zweifel mehr übrig läßt. Dieser Mangel liegt in der Art, wie die ständischen Deputirten zum Landtage berufen werden. Nicht nur hat man sich in dieser Hinsicht ängstlich durch den Bahn leiten lassen, als ob der Deputirte durchaus nur aus der Mitte der Wählenden genommen

werden müsse (wie bei den Freisassen) sondern man hat auch zum Theil der Wahl selbst auf eine höchst bedenkliche Weise vorgegriffen, indem für die Städte die Bestimmung gilt, daß jedesmal ihre Bürgermeister Landtags-Deputirte sein sollen. Es bedarf nur eines unbefangenen Blicks, um sich zu überzeugen, daß bei solchen Beschränkungen der Begriff einer wirklichen Vertretung geradehin aufgehoben wird. Ihr Namen drückt weiter nichts aus, als die Darstellung des Gesamtwillens in der Person einzelner Bevollmächtigter. Ohne Auftrag ist es undenkbar, den Willen eines Andern frei und sicher zu repräsentiren; bei Beschränkungen in der Wahl ist die richtige Uebertragung und Ausübung des Gesamtwillens wenigstens nicht gesichert. Wenn die Bürger in den Städten gar nicht darum gefragt werden, ob sie sich auch durch ihren Bürgermeister wollen repräsentiren lassen, so ist es ein offener Widerspruch, zu behaupten, Letzterer erscheine als Bevollmächtigter und Vertreter der Bürger. Diese Fiktion beruht auf der zweifachen Voraussetzung, theils, daß jene Männer in jeder Hinsicht die nöthigen Talente, Kenntnisse und moralischen Eigenschaften haben, welche von einem tüchtigen Vertreter gefordert werden; theils, daß es auch wirklich Wille einer Bürgerschaft sei, sich gerade durch ihren Bürgermeister repräsentiren zu lassen. Wie selten sich beide Voraussetzungen in der That bestätigen, zeigt ein unbefangener Blick auf unsre Städte, ohne daß man nöthig hätte, deshalb den Bürgermeistern die Fähigkeit zu einer zweckmäßigen Verwaltung abzusprechen.

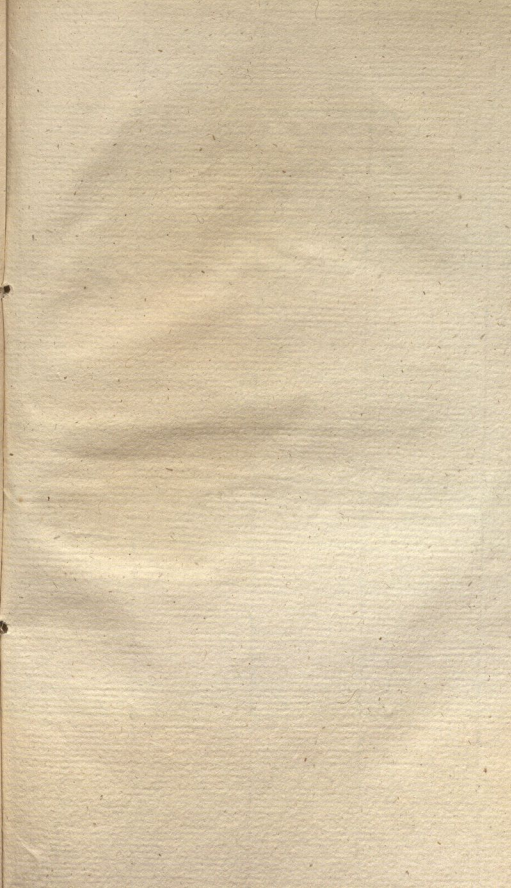
Nur freie, durchaus unbeschränkte Wahl ist im Stande, den Gesamtwillen ohne ausschließende Fiktion darzustellen, und zwar um so reiner, je weniger dabei der

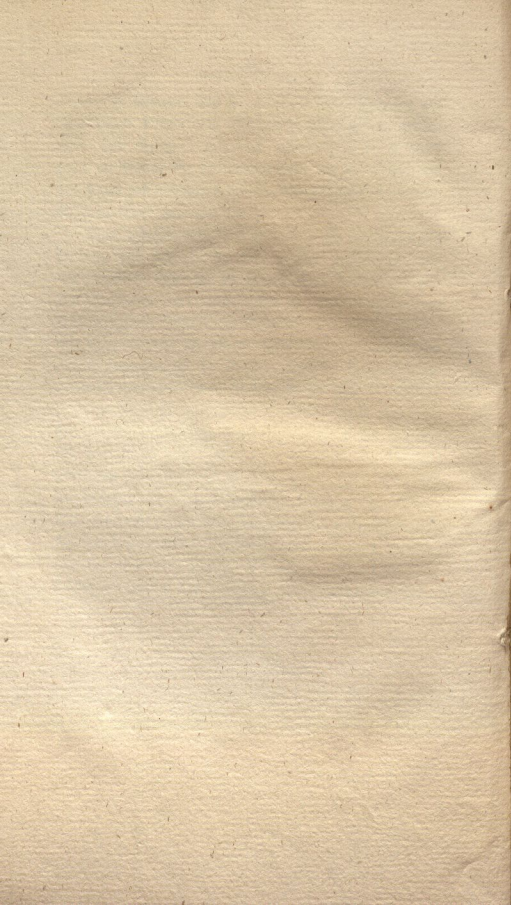
Einfluß feststehender Regierungsmaximen sich äußert. Ist der Bürgermeister einer Stadt zugleich ein Mann, welcher neben administrativer Fähigkeit auch Unbefangenheit, Kenntniß der Geschichte und Verfassung des Landes, und Festigkeit in sich vereinigt, so wird die Wahl der Bürger bei der Ernennung der Landtags-Deputirten um so mehr auf ihn fallen, als er mit den Verhältnissen der Stadt am genauesten bekannt ist; gehen ihm aber jene Eigenschaften ab, so wird er mit aller Lokalkenntniß, mit aller Verwaltungsfähigkeit immer ein schlechter Landtags-Deputirter sein. Noch nöthiger ist eine solche freie, unbeschränkte Wahl sowohl bei den Freisassen, als bei dem Bauernstande. In beiden Ständen mögen sich ehrenwerthe Männer finden, allein selten werden sie sich, bei dem jetzigen Standpunkte der politischen Aufklärung auf dem Lande, dazu eignen, gegen eine Versammlung von Männern eine entschlossene Stellung einzunehmen, welche ihnen an Bildung, Geschäftskunde und Redefertigkeit bei weitem überlegen sind. Nur erst dann, wenn durch regere Theilnahme der unteren Volksklassen an dem Gange der Staatsmaschine, durch zweckmäßigere Einrichtung der Kommunal-Vertretung eine höhere politische Bildungsstufe erreicht sein wird, läßt sich auch von unsernandleuten die verständige, feste Haltung erwarten, mit welcher der norwegische Bauer schon jetzt auf dem Landtage erscheint. Wird indeß der Ackerbau treibenden Klasse gestattet, auch aus andern Ständen ihre Deputirte zu wählen, so kann für die übrigen Landschaftsmitglieder keine weitere Folge daraus entstehen, als daß vielleicht das Interesse jener Klasse mit mehr Klarheit, Sachkenntniß und Nachdruck vertreten wird, und eine solche Folge wird Niemand fürchten, der nicht die Absicht hat, den Gegner durch unedle Uebermacht zu erdrücken. Nur für den Bauernstand selbst wäre

vielleicht zu besorgen, daß sein Interesse durch Deputirte aus einem andern Stande nicht unpartheiisch genug gewahrt würde; allein diese Besorgniß begründet wiederum keinen Einwurf gegen die Erweiterung der Wahlfreiheit, da die Einrichtung kein Tadel treffen kann, wenn die Berechtigten selbst unvorsichtig zu Werke gegangen sind.

Ohne wirkliche Repräsentation kann sich eine öffentliche Meinung gar nicht bilden, noch weniger aussprechen; und ohne öffentliche Meinung ist es mit allen Landständen und ihrer Wirksamkeit gar nichts. Nur in einer lebenskräftigen Verbindung mit dem Volke finden sie ihre einzige Stütze; fehlt diese, so sind sie, einem entschlossenen, herrschsüchtigen Fürsten gegenüber, nur ein Häuflein schutzloser Remonstranten, welche Alles verlieren, indem sie Alles für sich gewinnen wollten.

Die Ideen einer landständischen Vertretung in ihrer höchsten Reinheit darzustellen, mag noch keinem Volke gelungen sein; aber sie ihr immer näher zu führen, ohne Engherzigkeit, Selbstsucht und Vorurtheil da zu handeln, wo die Forderung des Zeitalters sich so laut ausspricht, allmählig das altfränkische Kleid des Mittelalters abzulegen, in welchem wir von den Nachbarn nur belächelt werden, das ist die große Aufgabe der Geschichte, zu deren Lösung sich jetzt unsern Landständen ein großer, verhängnißvoller Zeitpunkt darbietet.





Die Rechtsache
des der verletzten Ehrerbietung gegen Seine Durchlaucht,
den Herzog Carl zu Braunschweig-Lüneburg
beschuldigten

Freiherrn von Sierstorpff,
Herzoglich Braunschweigischen Oberjägermeisters, Großkreuzes des
Königlich Hannoverschen Guelfen-Ordens.

Als Beitrag zur Geschichte der Braunschweigischen Landes- und
Deutschen Bundes-Justiz, in einer Reihe von Actenstücken und
Anmerkungen

herausgegeben von
Dr. Georg Bruns zu Wolfenbüttel.

gr. 8. geh. 16 Ggr.

Beiträge zur Geschichte der
Braunschweig-Lüneburgischen Lande
und zur Kenntniß ihrer Verfassung und Verwaltung,
von G. V. von Bülow,
Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischem Cammer-Director.
8. geh. 20 Ggr.

Beiträge zur Geschichte
des Herzogthums Braunschweig.
Erster Beitrag.

Das Grundsteuer-System des Herzogthums Braunschweig,
geschichtlich verfolgt und erläutert

von W. J. E. Bode,
Magistrats-Director zu Braunschweig.
gr. 8. geh. 16 Ggr.

Die Ruinen,
oder Betrachtungen über die Revolutionen der
Reiche, und das natürliche Gesetz,
von

C. F. Grafen von Volney,
Pair von Frankreich.

Aus dem Französischen von Georg Förster.
7te Auflage, mit einem Vorwort über das Leben des Verfassers
vom Grafen Daru, Pair von Frankreich.

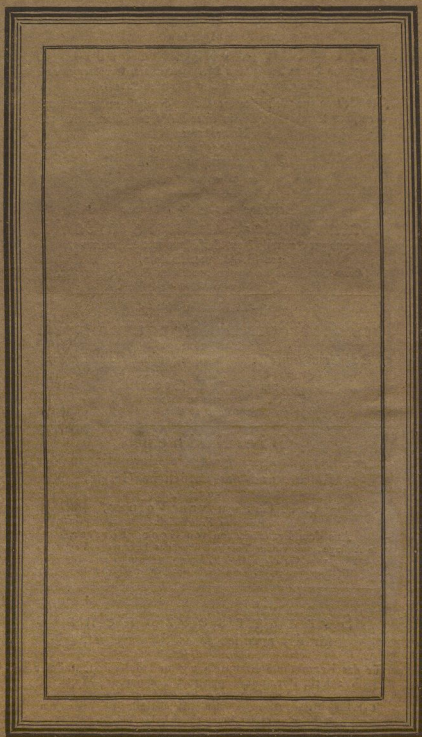
Mit Kupfern. gr. 8. Fein Velinpap. geh. 1 Thlr. 8 Ggr.

Entwurf eines
Strafgesetzbuchs
für ein norddeutsches Staatsgebiet,
namentlich

für das Herzogthum Braunschweig und die Fürstenthümer
Waldeck, Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe.

Von F. K. von Strombeck,
Geheimen Rathe, Oberappellationsrathe und Mitgliede des engern
Ausschusses der Braunschweigischen Stände.

gr. 8. geh. 1 Rthlr. 12 Ggr.





KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------

00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black 3-color white cyan violet magenta primary red yellow green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.